

Chancenmonitor 2026: DPhV warnt vor weiterer Benachteiligung von Kindern mit niedrigem sozioökonomischen Hintergrund und fordert verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen

Berlin, 28.04.2026 – Der aktuelle Chancenmonitor 2026 des ifo Instituts und „Ein Herz für Kinder“ zeigt alarmierende Bildungsunterschiede nach sozialer Herkunft auf: Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, liege demnach für Kinder mit bildungsfernen, einkommensschwachen Eltern bei 16,9 Prozent, wogegen sie bei Kindern mit einkommensstarken Eltern mit Abitur bei bis zu 80,3 Prozent liege. Darüber hinaus liege die Wahrscheinlichkeit des Gymnasialbesuchs bei Jungen mit 36,9 Prozent niedriger als bei Mädchen mit 43,5 Prozent. Der Deutsche Philologenverband (DPhV) sieht deutlichen politischen Handlungsbedarf für eine verbindliche Übergangsempfehlung von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten, um endlich leistungsstarken Kindern unabhängig vom sozioökonomischen Status den Übergang auf das Gymnasium leistungsgerechter zu ermöglichen.

Ohne verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen bleiben Kinder mit niedrigem sozioökonomischen Hintergrund benachteiligt – selbst bei gleichen Leistungen und Noten. Das zeigte schon der Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2024“, der offenlegte, dass bei der mehrheitlich unverbindlich geregelten Übergangsempfehlung in den deutschen Bundesländern Eltern mit hohem sozioökonomischen Status ihre Kinder eher auf ein Gymnasium schickten als Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status – bei gleicher Leistung und Noten ihrer Kinder. So ermöglichten Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status nur 44 Prozent ihrer Kinder den Gymnasialbesuch, obwohl 51 Prozent eine Gymnasialempfehlung bekommen hatten. Hingegen ermöglichten Eltern mit hohem sozioökonomischen Status 58 Prozent ihrer Kinder den Besuch des Gymnasiums, bei denen 59 Prozent eine Gymnasialempfehlung bekommen hatten.

„Ist der Elternwille für den Übergang allein entscheidend, profitieren erfahrungsgemäß eher ressourcenstarke Familien. Ziel muss es jedoch sein, für jedes Kind die passgenaue Schulart zu finden, die zur Begabung und individuellen Lernentwicklung passt – um Überforderung und Unterforderung zu vermeiden. Es braucht also eine verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen, die den Elternwillen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt“, betont DPhV-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing.

Der Chancenmonitor unterstreicht des Weiteren die Notwendigkeit hochwertig ausgebildeter Lehrkräfte. Der DPhV kritisiert in diesem Zusammenhang deutlich, dass sich alle Bundesländer bis auf Bayern mit 24 Monaten und Hessen mit 21 Monaten dazu entschieden haben, den Vorbereitungsdienst für angehende Lehrkräfte trotz steigender Anforderungen erheblich zu kürzen, teils bis auf 12 Monate wie in Brandenburg. Zudem haben sich in der Kultusministerkonferenz jüngst Bildungsminister- und Wissenschaftsministerkonferenz voneinander getrennt, was den Einfluss der Bildungsminister auf die universitäre Lehrkräftebildung beeinträchtigt. „Beides sind von den politisch Verantwortlichen selbst geschaffene strukturell-problematische Bedingungen, die aus unserer Sicht einer qualitätvollen, professionsbezogenen Lehrkräftebildung eher entgegenstehen“, so Lin-Klitzing.

Der [Deutsche Philologenverband \(DPhV\)](#) ist die Dachorganisation der Philologenverbände der Bundesländer. Die Mitglieder sind Lehrkräfte an Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen, die zum Abitur führen, sowie Lehrbeauftragte an den Hochschulen, vornehmlich in der Lehrkräftebildung. Der Verband wurde 1903 in Halle gegründet und organisiert zurzeit 90.000 Einzelmitglieder in 15 Landesverbänden. Er unterstützt

die Zusammenarbeit mit Lehrerverbänden im In- und Ausland und ist Mitglied im „dbb beamtenbund und tarifunion“ und im Deutschen Lehrerverband (DL).